

Obwohl heute das Stiftungsrecht des Bundes und der Länder, besonders aber auch das Steuerrecht den Stiftern und Stiftungen eine Reihe von Vorschriften machen, darunter einige, die für Interpretationen und Ermessensspielräume der damit befassten Behörden offen sind, hat sich doch der Charakter des Stiftens als ein Akt eigener Rechtsetzung seit dem frühen Mittelalter erhalten.

Die Flut von neuen, oft sehr standardisierten Satzungen darf nicht darüber hinwegtäuschen, wie sehr der Gestaltungswille jedes Stifters gefordert ist, um die Vorteile dieses Instruments gemeinnützigem Handeln auszuschöpfen. Die Geschichte des Stiftungswesens hat gezeigt, dass einzelne Stiftungen ebenso wie das Stiftungswesen insgesamt auch krisenanfällig sein können, dass aber gut konstruierte und geführte Stiftungen eine hohe Krisenresistenz aufweisen. Die gegenwärtige Entwicklung lässt ahnen, dass sich an diesem Bild in beiderlei Hinsicht auch in der Zukunft nichts ändern wird. Gründliche konzeptionelle Vorarbeiten und ein engagiertes und professionelles Management sind daher unabdingbar.

Resümee

In der Vergangenheit haben gerade soziale Stiftungen immer wieder entscheidend dazu beitragen können, die Agenda für gesellschaftlichen Wandel, praktische Verbesserungen und Reformen zu bestimmen. Der Wohlfahrtsstaat hat sie in dieser Hinsicht etwas müde werden lassen. Viele sind zu Handlangern der öffentlichen Wohlfahrtspolitik geworden.

Das Ende des Wohlfahrtsstaates und der Aufstieg der Zivilgesellschaft zu einem gleichrangigen Aktionsfeld in der Gesellschaft bringen den Stiftungen, die einen Teil dieser Zivilgesellschaft mit spezifischen Attributen bilden, neuen Freiraum, aber, nicht zuletzt wegen ihrer exponentiell wachsenden Zahl auch neue Verantwortung. Sie aktiv wahrzunehmen, zu Agenten des gesellschaftlichen Wandels zu werden, ist die Herausforderung, der sich Stiftungen in den nächsten Jahrzehnten stellen müssen. ♦

Kritik an Stiftungen: »Eine Privatisierung der Politik«

Einige große Stiftungen sind in letzter Zeit in die Kritik geraten. Insbesondere der Bertelsmann-Stiftung wird vorgeworfen, sie sei eine neoliberale Propagandamaschine, die mit ihrem 65-Millionen-Euro-Etat und ihren 300 Angestellte die Themen setze, an der dann die Politik und die Medien nicht vorbei könnten. In einem Beitrag für den Berliner »Tagesspiegel« vom 24. September 2006 fasst der Publizist Harald Schumann die wichtigsten Kritikpunkte zusammen. Nachfolgend Auszüge aus diesem Artikel:

Die Experten der Bertelsmann-Stiftung sind in der deutschen Politik allgegenwärtig: Von den Kommunen bis zum Kanzleramt, von den Hochschulen bis zur Sozialhilfe. Die entscheidende Frage: Beraten sie die Politiker nur – oder machen sie selbst Politik? [...]

Gleich, ob es um die Reform von Schulen und Hochschulen geht oder den Umbau der Sozialsysteme, ob die steigende Alterung der Bevölkerung bewältigt werden muss oder der Aufbau einer europäischen Armee organisiert wird, eines ist so fast immer sicher: Die Experten der Bertelsmann-Stiftung sind auf höchster Ebene beteiligt, als Berater, als Moderatoren – und als Antreiber. Von den Kultusministerien bis zum Kanzleramt, von den Kommunalverwaltungen bis zum Amt des Bundespräsidenten gibt es kaum eine politische Behörde, die nicht mit der Stiftung kooperiert. Diese, so heißt es im Leitbild der Organisation, verstehe sich »als Förderin des gesellschaftlichen Wandels« und nehme »aktiven Einfluss« zugunsten einer »zukunftsfähigen Gesellschaft«.

Die Bertelsmann-Stiftung, behaupten dagegen Kritiker wie der frühere SPD-Politiker Albrecht Müller, sei »ein Staat im Staate«, der sich »wie ein gefährlicher Krake« ausbreite und »die neoliberale Ideologie in die Gesellschaft« transportiere. Durch Vorabsprachen mit Politikern jenseits der Parlamente betreibe sie gar »eine Privatisierung der Politik«, meint der Publizist Frank Böckelmann, Autor eines Buches über den Bertelsmann-Konzern. [...]

Darum ist es kein Zufall, dass die Experten der von Mohn schon 1977 gegründeten Stiftung alle Akteure der Gesellschaft vornehmlich nach Leistungsrängen einteilen. Gleich ob Arbeitsvermittlung, Gesundheitsversorgung, Kommunalverwaltung, Hochschulen oder ganze Bundesländer und Staaten, die Reformer aus Gütersloh finden für alles scheinbar objektiv messbare Leistungskennziffern, um Wettbewerb und politischen Druck zu erzeugen. Doch die Verklärung betriebswirtschaftlicher Methoden zum gesellschaftspolitischen Leitbild (»Leistungen vergleichbar machen«) erzeugt zwangsläufig eine ideologische Schlagseite. [...]

Umso schwerer wiegt, dass der Bertelsmann-Stiftung ausgerechnet das fehlt, was ihre Experten allen anderen verordnen: Wettbewerb und Kontrolle durch externe Prüfer. Nicht nur mangelt es an Einrichtungen, die ähnlich unabhängig aber mit anderen politischen Zielen Politikberatung betreiben. Zudem muss sich die Stiftung vor keinem Parlament und Rechnungshof für den Einsatz ihrer Gelder rechtfertigen. Das hält Stiftungsforscher Adloff für »einen unhaltbaren Zustand«. Die Zivilgesellschaft »sollte Mitsprache einfordern«, meint er und nennt die USA als »benchmark«. Nicht nur dürfen steuerbegünstigte Stiftungen dort nicht mehr als 20 Prozent eines Unternehmens halten, um möglichen Interessenkonflikten vorzubeugen. Zudem müssen sie akribisch ihre Ausgaben öffentlich abrechnen. Müssten die Netzwerker von Bertelsmann die Ausgaben für ihre teuren Konferenzen und die Namen aller geladenen Gäste stets nennen, so hofft Adloff, »könnte das ja auch politische Debatten ganz anderer Art erzeugen«.

Das Vorhaben wäre auch als Bertelsmann-Projekt geeignet. Die Förderung »demokratischer Öffentlichkeit« ist eines der Stiftungsziele.

Harald Schumann studierte in Marburg und Berlin zunächst Sozialwissenschaften und später Landschaftsplanung. Von 1984 bis 1986 war er Redakteur bei der Berliner »Tageszeitung«, von 1986 bis 2004 schrieb er u. a. für den SPIEGEL. Zusammen mit Hans-Peter Martin schrieb er den Bestseller »Die Globalisierungsfalle«, dessen Erstauflage 1996 erschien und seither in viele Sprachen übersetzt wurde. Gemeinsam mit Christiane Grefe und Mathias Grefrath veröffentlichte er 2002 das Buch »attac – Was wollen die Globalisierungskritiker?« Schumann ist heute Redakteur beim Berliner Tagesspiegel.